

Bocholter-Borkener Volksblatt

Nummer 32

Mittwoch, den 2. Februar

Jahrgang 1927

Wo stehen wir?

Von
Dr. h. c. Lambert Penning,
Mitglied des Reichstags.

Die Beurteilung der gegenwärtigen innerpolitischen Lage ist für den Betrachter, der nicht alle Fäden der Politik kennt und verfolgt hat, äußerst schwierig. Am deutlichsten trifft das für die Anhänger der Zentrums-Partei zu.

Wer in den letzten Monaten unausgesetzt unseren Blättern klar zu machen suchte, daß für das Zentrum die Koalition mit der Rechten unmöglich sei, daß es nur eine Annäherung nach links in Frage komme, sieht jetzt wie der betäubte Hühner da, dem die Felle weggeschlagen sind. Wer aber immer behauptet hat, daß das Zentrum eine Partei der Mitte sei, niemanden grundsätzlich von der Mitarbeit ausschließend, sondern die Kräfte nehmend, wo sie sie finde, wird auch das neue Reichskabinett nicht als Schlagwort, sondern nach seinen tatsächlichen Beurteilungen.

Das Zentrum hat zu allen Zeiten und unter allen Umständen den Grundsatz aufgestellt, daß es sich nicht mit rechts, noch nach links dauernd bindet, sondern dem Vaterlande und Volke mit ganzer Kraft, dem das Zentrum interessiert dem Allgemeinwohl zuzuwenden hat. Auch Windthorst hat wiederholt und lange Zeit hindurch mit den Konservativen praktisch Politik gemacht. Und die besten politischen Gesetze in der Vergangenheit sind gerade durch die eifrige Mitarbeit der Reichsparteien zu Stande gekommen.

Als Reichsfinanzminister vor etwa 14 Tagen in der Reichstagsfraktion des Zentrums über seine Bemühungen um das Zustandekommen eines neuen Reichskabinetts zum ersten Male Bericht erstattete, sprach er seine Überzeugung aus, daß er sein Ziel erreicht hat. Er hat immer den Grundsatz ausgesprochen und wiederholt ihn hier, daß das Zentrum niemals eine Partei von der Mitarbeit ausgeschlossen hat, wenn eine solche sich auf dem Boden der Koalition stellt. Das Zentrum war stets eine Partei der Mitte und machte als solche stets bald mit der Rechten, bald mit der Linken praktische Politik, je nachdem die Staatsnotwendigkeiten es erforderten.

War es schon ein Abweichen von dem rechten Wege, als in letzter Zeit einige unserer politischen Freunde und Mitarbeiter in weiten Kreisen die Meinung verbreiteten, als sei eine wirksame Zentrums-Politik nur mit der Sozialdemokratie und in dem Maße, als diese sich für eine Koalition mit dem Zentrum offenbarte, so ist es geradezu fribol, wenn jetzt ein Zentrumsblatt verkündet, daß das Zentrum sich mit den Parteien verbunden habe, die die Arbeiterschaft grundsätzlich und konsequent von der Verantwortung am Staat ausschließen wollen. Die Behauptung ist unwar, und weil sie wahr ist, wirkt sie verzerrend.

Nie und nirgendwo hat, soweit mir bekannt, eine der Reichsparteien einen solchen Grundsatz proklamiert, als er in dem Satz eines Zentrumsblattes wiedergegeben ist, niemals aus einer dieser Parteien eine solche Praxis gelöst worden. Man sollte auch dem Gegner gegenüber gerecht sein und nicht durch behauptete Ansprüche die politische Atmosphäre noch mehr vergiften.

Wir verstehen uns nicht, daß das Zentrum allein und hat, die neue Entwicklung der innerpolitischen Verhältnisse mit einem gewissen Mißbehagen zu empfinden. Aber wir stellen doch unsern Mann und stehen auf der Wacht! Wir können helfen und zur Gewinnung der Verhältnisse beitragen, wenn wir nur tätig sind. Fröhliche Männer in dem neuen Kabinett sind Marx, Brauns und Köpfer, drei wahrhaft kompetente und Zentrumsmänner, die wissen, was sie wollen. Ohne diese Männer und gegen sie ist das neue Reichskabinett nicht lebensfähig.

Dann muß doch unsern Leuten im Lande immer wieder klar gemacht werden, wer denn die Schuld an der jetzigen Entwicklung unserer politischen Verhältnisse trägt. Wer hat denn seinerzeit das Kabinett Köpfer gestützt, und wer hat das letzte Kabinett Marx zu Fall gebracht? Sind nicht die Sozialdemokraten in ihrer Verblendung Schuld an allem, was wir heute in diesen Wochen über das deutsche Volk gekommen ist? Ist die letzte Rede Scheidemanns im Reichstage schon wieder vergessen? Ist es von uns so oft begehrt, "Volksgemeinschaft" nicht immer wieder durch die Sozialdemokratie zu Schanden gemacht worden? Wir müssen unseren Anhängern nur sagen, wie die Dinge in Wirklichkeit liegen. Es gibt keinen anderen Weg als entweder die Reichstagsauflösung oder Koalition mit der Rechten. Das hatten doch auch Dr. Brüning und Dr. Brüning gesehen, als sie mit Dr. Brüning das Mandat des Zentrums rekrutierten. Und wenn die Reichstagsauflösung vom Reichspräsidenten nicht gewollt wird, und auch das Zentrum daran desinteressiert wird, dann bleibt doch kein anderer Weg übrig, als der, den wir gegangen sind. Und beiseite stellen zu lassen in der Schmutzschüssel, was das gefährlichste, was uns passieren konnte, entspricht auch nicht unserer christlichen Weltanschauung.

Nun tobt eine gewisse Presse — darunter namentlich gewisse Ständepresse — gegen das Zentrum und sucht es in der Bevölkerung zu verächtlichen. Und

Die Einigung über die Restpunkte.

Der Abschluß
der Pariser Verhandlungen.

Paris, 1. Febr. Zwischen dem Interalliierten Militärkomitee der Völkerbundkonferenz und dem deutschen Delegierten v. Pawels und Geheimrat Forster ist eine Einigung in der Frage der Offensivbeschränkungen erzielt worden.

Paris, 1. Febr. Das heute Nachmittag deutsch-französische Komitee der Völkerbundkonferenz, bestehend aus dem General von Pawels und General von Forster, hat die Offensivbeschränkungen der Völkerbundkonferenz beschlossen. Die Beschränkungen sind in dem Stande zu erhalten, der bei Kriegesende bestand, doch dürfen dem Verfall ausgelegte Baustoffe durch Beton ersetzt werden. In diesen Grenzgebieten dürfen neue Festungsanlagen nicht erbaut werden, was schon der Versailler Vertrag verbietet. Im übrigen hat Deutschland volle Freiheit.

2. Wichtige Abschnitte aus dem linken Oberufer zwischen Küstrin und Briege sollen trotz der Nähe der Festungen Glogau, Küstrin und Breslau nicht unter das Verbot.

3. Von den bestehenden 88 Unterständen für le 8 Mann bleiben erhalten 8 in der eigentlichen Festung Glogau, 15 (sämtliche) in der besonders wichtigen Festungsanlage Sthen, 31 bei Königsberg. Zerstört müssen werden 7 auf das rechte Oberufer vorgeschobene Unterstände bei Glogau, 5 vorgeschobene Unterstände bei Küstrin und 22 Unterstände bei Königsberg. Von den 88 bleiben also 54 erhalten.

Die erzielte Einigung beruht, wie von zuständiger deutscher Seite mitgeteilt wird, auf Vorschlägen und Gegenanträgen und ist nicht als ein Ultimatum oder dergleichen zu verstehen. Dabei ist zu beachten, daß der im Versailler Vertrag enthaltene Grundsatz von Reparationen an der Grenze eingeschränkt worden ist. Die neue Einigung führt für diese begriffliche Abgrenzung der Reparationen für Deutschland nicht zu einer Abgrenzung der Reparationen. Die Reparationen sind ein Kompromiß, geschloffen worden, durch das ein erheblicher Teil dieser Reparationen erhalten werden kann.

Nachdem nunmehr mit dem Versailler Militärkomitee und der Völkerbundkonferenz eine Einigung über die Frage der deutschen Offensivbeschränkungen und die Ausfuhr von Kriegsmaterial erzielt ist, hat jetzt die Gegenfrage endlich auch in aller Form zugegeben, daß Deutschland sämtliche Abrüstungsverpflichtungen nachkommen ist, die ihm durch das Versailler Diktat auferlegt worden waren. Die Verhandlungen über die bekannten Restpunkte konnten gerade noch vor Tagesende, d. h. bevor der Völkerbundsrat damit hätte befaßt werden müssen, mit einem positiven Ergebnis endigen, wenn auch nicht vergessen werden soll, daß die schließlich zustandgekommene Verständigung eine Kompromißlösung darstellt, die auch deutscherseits manche Zugeständnisse erforderlich machte.

Die Beschlüsse des deutschen Kabinetts über die Offensivbeschränkungen.

Berlin, 1. Febr. Der "Berliner Sozialanzeiger" bespricht in seiner heutigen Abendausgabe, daß bei dem Erlaß der nach Paris in der Frage der Offensivbeschränkungen richtenden Instruktionen von den Gedanken ausgegangen sei, die Kabinettsmitglieder, vor allem auch der Reichstag, in der Außenpolitik vor vollendete Tatsachen zu stellen und bezweifelnd bei dieser Gelegenheit die Loyalität des Reichstagsministers.

Wie demgegenüber offiziell festgestellt wird, hat das Kabinett einmütig beschlossen, die Verantwortung für diese Instruktionen zu übernehmen, da einmal die Verhandlungen schon seit Wochen geführt wurden und kurz vor dem Abschluß standen, und weiter, weil die Entschloßene eine Verzögerung nicht gestattete.

Die Beschlüsse des Kabinetts sind nach übereinstimmenden Vorschlägen des Reichswehrministers und des Ministers des Auswärtigen nach Anhörung des Chefs

Die erste Sitzung des neuen Kabinetts

Von unserer Berliner Redaktion.

Berlin, 1. Febr. (Verst.) Das Reichskabinett, nunmehr vollständig durch den Minister Dr. Brüning und Dr. Brüning, trat heute nachmittag zu seiner ersten offiziellen Sitzung zusammen. Die Verabreichung derjenigen Kabinetts-

der Heeresleitung gefaßt. Irgegendwelche Angriffe gegen den Außenminister sind daher völlig unberechtigt.

Eine englische Stimme.

London, 1. Febr. Die Zurückziehung der Interalliierten Militärkommission aus Deutschland und die Übertragung der Überwachung der deutschen Rüstungen auf den Völkerbund bezeichnet der diplomatische Korrespondent des "Daily Telegraph" als ein Ereignis von psychologischer und technischer Bedeutung, durch das Deutschland von permanenter und ausschließlich alliierter Kontrolle befreit werde. Die Instruktionen seien erniedrigend. Sie werden von einem Personal ausgeführt, das man, ob mit Recht oder Unrecht, einer anti-deutschen Vereinigungsmacht beschuldigen könne. Für ein politisches Deutschland brauche die Völkerbundskontrolle keine Verteidigung darzustellen. Die in französischen Kreisen aufgeworfenen Zweifel an der Wirksamkeit der Völkerbundskontrolle sind in maßgebenden englischen Kreisen kein Echo. Die französischen Kritiker übersehen die Tatsache, daß Frankreich mit seinen vier öffentlichen Verbündeten im Völkerbundsrat und in der Interalliierten Kommission die Mehrheit habe. (Es ist aber einmütig festgestellt, daß die Kontrolle, die der Dawesplan über die finanziellen Ausgaben des Staates ausübt, zu groß sei, nicht zu vergessen seien die Millionen von Kommunisten, extremen Sozialisten und andere Vagabunden in deutschen Fabriken und Betrieben, die wie Scheidemann und die deutsche Linkspresse betonen, nicht zögern würden, jede geheime Kriegsvorbereitung bloßzulegen. Keine verheißene Rüstung könne die Wachsamkeit dieser Spionage des Friedens entgehen. Auch eine offene oder halb offene Rüstung Deutschlands komme nicht in Frage, da eine solche das ganze Deutsche Reich der Zerstörung durch die riesige Luftflotte Frankreichs preisgäbe, sowie die Rheinprovinz einem Massenfeuer der schweren französischen Artillerie aussetzen würde. Der Berichterstatter weist sodann auf die Hand der Verbündeten, die die Stärke des Heeres der hoffnungslos unterlegenen Deutschlands nach.

Das Gesetz über die Kriegsmaterialausfuhr.

Paris, 1. Febr. Der Entwurf des Gesetzes über die Kriegsmaterialausfuhr, der zwischen Deutschland und den alliierten militärischen Sachverständigen zustande gekommen ist, enthält 12 Artikel.

Artikel 1 unterteilt die Ein- und Ausfuhr von Kriegsmaterial jeder Art (Waffen, Munition und verschiebbares Material), sowie seine Fabrikation für die Ausfuhr.

Artikel 2 bestimmt, daß Kriegsmaterial für den inneren Gebrauch weder fabriziert noch aufgestapelt noch Handelsobjekt werden darf.

Artikel 3 enthält eine ausführliche Aufzählung der Gegenstände, die unter die ersten beiden Artikel fallen. Aufgeführt werden besonders Kanonen, Minenwerfer und Wurfgeschosse und Munition, Gewehre, Karabiner, Selbstladerevolver, sowie für militärische Zwecke geeignet sind, Munition, Granaten, Bomben, Erd- und Marinertorpedos, feste oder schwimmende und Apparate für die Marine, Panzerungen, Panzermobile, gepanzerte Kuppeln, Land- und Panzerautos, Schiffe aller Typen und Dimensionen, die als Kriegsschiffe gebaut sind oder hierfür verwendet werden können. Kessel und Maschinen, die für die Kriegsschiffe Verwendung finden können, Gas-, Rauch- und Abgasanlagen, Apparate für die Schiffsverbreitung von Kriegsmaterial und Maschinen, die für die Fabrikation von Kriegsmaterial dienen, sofern diese Gegenstände normalerweise nicht für andere Zwecke verwendet werden, chemische Produkte, Explosivstoffe, sowie Einrichtungen für ihre Herstellung.

Artikel 4 führt Gegenstände auf, die nur unter Artikel 3 fallen, d. h. nicht für die Verwendung im Innern hergestellt oder aufgestapelt werden dürfen. Es handelt sich besonders um gewisse Waffen, die nicht in Artikel 3 aufgeführt sind sowie Flugzeuge.

Artikel 5 unterteilt die Einfuhr der in Artikel 4 aufgeführten Gegenstände, die diese Gegenstände nur hinsichtlich der Ausfuhr beschränkt. Ferner wird den Fabriken unterstellt, Kriegsmaterial für die Ausfuhr herzustellen; ebenso das Studium von solchem Material, dessen Herstellung Deutschland nicht gestattet ist.

Artikel 6 bis 12 enthalten die Bestimmungen für die Anwendung des Gesetzes und seine Anpassung, besonders bezüglich der Fabrikation für die Bedürfnisse der deutschen Gliedstaaten in den vom Versailler Vertrag festgelegten Grenzen und die Herstellung von chemischen Produkten für industrielle Bedürfnisse.

Artikel 9 führt die Strafnormen gegen Verstoß gegen das Gesetz auf und sieht Gefängnis- und Geldstrafen, Konfiskation und in bestimmten Fällen Verurteilung der konfiszierten Gegenstände vor.

Die Bestimmungen, die noch nicht den Reichsbeamten abgeleitet hatten, mußte vorgenommen werden. Die Worte des verfassungsmäßigen Gesetzes lauten: "Ich schreibe Treue der Verfassung, Gehorsam dem Gesetze und gewissenhafte Erfüllung meiner Amtspflichten." Die Eidesleistung wird durch Handabklopfen gegenüber dem Reichstagspräsidenten bestätigt. Minister Schiele wurde nicht mehr vereidigt, da er bereits einem früheren Reichskabinett angehört hat.

Für die Beratung über die Formulierung der Regierungserklärung, die am Donnerstag im Reichstagsplenum abgegeben wird, ist am Mittwoch eine besondere Kabinettsitzung anberaumt worden. Als Grundlage der Erklärung dienen unzweifelhaft die Richtlinien, die Reichsminister Dr. Brüning

als Ausgangspunkt für die Verhandlungen mit den Fraktionsführern der neuen Koalition benutzt hatte. An die Abgabe der Regierungserklärung soll sich dann die große politische Debatte anschließen, die voraussichtlich am Samstag dieser Woche ihr Ende findet. Ob die Regierungsparteien eine gemeinsame Erklärung abgeben, oder ob jede der vier Fraktionen einen besonderen Redner vorschlägt, steht zur Stunde noch nicht fest. Ebenso ist noch nicht bestimmt, ob die Demokraten mit einem eigenen Vortragsprogramm aufwarten werden, oder ob sie sich dem kommunalistischen Vortragsprogramm anschließen werden. Auf keinen Fall ist natürlich damit zu rechnen, daß die Demokraten dem von den Regierungsparteien einzubringenden Vertrauensantrag zustimmen werden. Das neue Kabinett kann jedoch der Abstimmung in völliger Gelassenheit entgegensehen; denn eine Mehrheit ist ihm sicher, zumal auch die wirtschaftliche Vereinigung mit den der Partei fern wird. Die praktische, von einer parlamentarischen Mehrheit getragene Arbeit der Reichsregierung kann dann endgültig am nächsten Montag beginnen.

Die neuen Zischgenossen.

Die schlimmste und verfahrenste aller Regierungskrisen ist nun vorüber. Das Kabinett ist vollständig, und Herr Graef gehört ihm nicht an. Der Wirtschaftswissenschaftler Dr. v. Reubell, der statt seiner den vierten der Deutschnationalen überlassenen Ministerposten einnimmt, ist nicht ein so sanfter Herr wie jener, der Häuptling des völkischen Flügels in der Partei des Grafen Helldorf. Er gilt vielmehr als einer von der gemäßigten Richtung, deren bestmögliche Vertreter der in der letzten Zeit vielgenannte Abgeordnete von Lindeiner-Wildau, Professor Dr. Gorch und der "politische Beauftragte" Trebranus sind. Auch der Großadmiral von Tirpitz und der frühere Staatsminister und noch frühere Röhmer Oberbürgermeister Waltrass gehören diesem Flügel an. Im Besonderen gilt v. Reubell als der Vertrauensmann Schiele, des neuen Reichsfinanzministers und Nachfolgers Dr. Gasslows, der selber ebenso wie Dr. Bell sein Vortragsstück zur Verfügung stellen mußte, weil für die neuen Koalitionsgenossen Platz zu schaffen war.

Dr. Bell lehrt von der Ministerbank in das Parlament des Hauses zurück. Er hat nur wenige Monate an der Spitze des Reichsjustizministeriums und des mit diesem verbundenen Ministeriums für die geistlichen Angelegenheiten, weil bekanntlich zunächst Reichsminister Dr. Marx diese beiden Posten mitberief. Bald nachher hat er dagegen ein ganzes Jahr gedauert. Beide Männer haben ihre Ämter so verlassen, daß auch die ästhetische Kritik oppositioneller Zeitungen sie verschonte. Sie haben ihnen keine Angriffsflächen geboten, haben mit Umsicht und Takt ihre Posten verlassen und werden, davon sind wir überzeugt, wieder zur Verfügung stehen, wenn der Ruf an sie ergeht. Dr. Haslender, der vor dem bekanntlich Regierungspräsidenten in Minister war und sich in seinem Bezirk allgemeiner Beliebtheit erfreute, hat vor einigen Monaten in Dr. Kneip einen Nachfolger erhalten, sodas eine Rückkehr in sein früheres Arbeitsfeld nicht in Frage kommt. Doch steht zu hoffen, daß sich für diese wertvolle, unentbehrliche Kraft bald eine andere Betätigungsmöglichkeit finden wird.

Wenn man in weiten Kreisen des Zentrums den neuen Zischgenossen Mißtrauen oder zum mindesten starke Zurückhaltung entgegenbringt, so ist das nach den Erfahrungen der Vergangenheit durchaus verständlich. Auch die letzten acht Tage haben nicht dazu beigetragen, wärmere Gefühle aufkommen zu lassen. Zwar ist es gelungen, die deutschnationalen Fraktionen auf die Richtlinien des Kanzlers zu verpflichten, sie dahin zu bringen, daß sie nunmehr anbeten, was sie bisher verbrannt hat. Aber in der Fraktion und in der Partei sind doch so heterogene Kräfte vereint, daß es schwer fällt, an einen einmütigen Willen der Rechten im Sinne der Richtlinien zu glauben. Für den Meinungswirt in der Fraktion ist nichts bezeichnender, als die Tatsache, daß es nicht gelang, in freimütiger Aussprache eine deutliche, offene Mehrheit für die vier dem Kanzler namhaft zu machenen Kandidaten für die Ministerposten zu erreichen, und daß man schließlich zu geheimer Zettelwahl sich entschloß. Dabei unterlag dann der Abgeordnete von Lindeiner-Wildau, der zu den für den Gegenwartsstaat stark eintretenden Jungkonservativen gehört, dem älteren Herrn Ferg, der mit zwei Stimmen Mehrheit "geführt" wurde. Mit welcher Majorität Herr Graef auf den Präsidentenposten gelangte, ist noch nicht bekannt geworden. Aber daß Dr. Marx sich weigerte, ihn dem Reichspräsidenten zur Ernennung vorzuschlagen, und daß er in einem Brief an die deutschnationalen Fraktionen ihn als untragbar für das Kabinett bezeichnete und um eine größere Auswahl von Kandidaten bat, hat den völkischen Teil der Deutschnationalen ganz gehörig verärgert. Ihrem Sprachrohr, der "Deutschen Zeitung", gab dieser Fall den Anlaß, die Zurückziehung der Partei von der Regierung zu fordern — falschen — Meinung des Blattes die Zurückziehung Graefes auf dem Gewissen haben sollte, einige Worte ins Poetikalbum zu schreiben, in denen von der Zerschlagung des Bundes zwischen ihm und den Getreuen, die ihm ihr Vertrauen schenkten, die Rede war, verächtlich wurde, das Verhältnis zwischen dem Reichspräsidenten und seinen Wählern verträge keine weitere Belastungsprobe mehr, die Deutschnationalen Partei würde "ungezügelter Gefinnungsgenossen durch so furchtbare Enttäuschung" — den Verzicht auf Herrn Graef — "den vaterländischen Bestrebungen entfremden", und das würde "ein nationales

Seife

Chstraße 3.

heater

Donnerstag
BSO

der Berge
Wildwest-Film:



ibson

er Berge

effizienten Bergen
neudischen Kellern
geigenen.

Drama:

han Thorland

von Liebe und
5 Affen.

strollen:
ui Gaa und
atry.

elektrisch

mit Sid Smith.

age:

Meisterboxer

amerikanischen

Zeichnungsaufforderung

5% Anleihe des Deutschen Reiches von 1927

Zur Erfüllung der dem Reichsminister der Finanzen durch die Staatsgesetz für 1926 zur Bestreitung außerordentlicher Ausgaben eröffneten Kredite begibt das Reich eine 5%ige Anleihe im Betrage von RM. 500 000 000.

Die Anleihe ist eingeteilt in Abschnitte zu RM. 100, 200, 500, 1000, 2000, 5000, 10 000 und 20 000 mit Zinsfünfteln, zahlbar am 1. Februar und 1. August jeden Jahres. Der Zinslauf beginnt am 1. Februar 1927; der erste Zinschein wird am 1. August 1927 fällig.

Die Anleihe ist bis zum Jahre 1934 untillbar. Sie wird vom 1. Februar 1934 an durch Auslosung in 25 Jahren getilgt, und zwar jährlich in Höhe von annähernd 2,1 vom Hundert des ursprünglichen Nennbetrages der Anleihe unter Hinzurechnung der durch die Tilgung ersparten Zinsen. Die Auslosungen finden im August jeden Jahres statt, erstmalig im August 1934. Die ausgelosten Schuldverschreibungen werden von dem auf die Auslosung folgenden 1. Februar an zum Nennwerte eingelöst. Eine verstärkte Tilgung oder eine Gesamtilgung der Anleihe ist bis Ende Januar 1937 ausgeschlossen.

Von dem Gesamtbetrag der Anleihe werden

RM 300 000 000

durch die unterzeichneten Bankfirmen unter den nachstehenden Bedingungen zur öffentlichen Zeichnung aufgelegt. Für den Rest von RM. 200 000 000, der zum größten Teil fest untergebracht ist, besteht eine Sperre von 9 Monaten.

Bedingungen.

Der Zeichnungspreis beträgt

92 %

zusätzlich Stückzinsen vom 1. Februar d. J. bis zum Zahlungstage unter Abzug der Kapitalertragsteuer.

Die Börsenumsatzsteuer geht zu Lasten der Zeichner.

Zeichnungen werden in der Zeit

vom 3. bis 11. Februar d. J.

bei den im Anhang zu dieser Zeichnungsaufforderung genannten Banken, Bankfirmen und deren Zweigniederlassungen während der üblichen Geschäftsstunden entgegengenommen. Vorzeitiger Schluss der Zeichnung bleibt vorbehalten. Die Zuteilung der Stücke auf Grund der Zeichnung erfolgt baldmöglichst nach Ablauf der Zeichnungsfrist und bleibt dem Ermessen der Zeichnungsstellen überlassen. Ein Anspruch auf Zuteilung kann aus etwa vorzeitig eingezahlten Beträgen nicht hergeleitet werden.

Anmeldungen auf Stücke mit 6 monatiger Sperrverpflichtung werden bei der Zuteilung vorzugsweise berücksichtigt.

Die Bezahlung der zugeteilten Stücke hat in der Zeit vom 21.-23. Februar d. J. bei derjenigen Stelle, welche die Zeichnung entgegengenommen hat, zu erfolgen.

Die Zeichner erhalten zunächst Kassenquittungen, gegen deren Rückgabe später die Ausgabe der endgültigen Stücke durch die Zeichnungsstellen erfolgt. Anmeldungen auf bestimmte Stücke können nur insoweit berücksichtigt werden, als dies mit dem Interesse der anderen Zeichner verträglich erscheint. Mit der Lieferung der Stücke wird im Laufe des Monats Mai d. J. begonnen werden.

Die Einführung der 5 % igen Reichsanleihe an den deutschen Börsen wird veranlaßt werden.

Die Schuldverschreibungen sind als verbrieftete Schuldverschreibungen des Reiches gemäß § 1807 B. G. B. mündelsicher.

Die 5 % Reichsanleihe von 1927 kann im Lombardverkehr der Reichsbank gemäß § 21 Ziffer 3, Absatz 2, des Bankgesetzes vom 30. August 1924 befehlen werden.

Berlin, im Februar 1927.

Berlin, Braunschweig, Breslau, Dresden, Düsseldorf, Essen, Frankfurt (Main), Hamburg, Karlsruhe, Köln, Leipzig, Mannheim, München, Nürnberg, Weimar. Reichsbank.

Berliner Handels-Gesellschaft. Commerz- und Privatbank Aktiengesellschaft. Delbrück, Schickler & Co. Deutsche Girozentrale. Deutsche Kommunalbank. Direktion der Disconto-Gesellschaft. Hardy & Co. Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Menckels & Co.

Preussische Staatsbank (Seehandlung). S. Bleichröder. Darmstädter und Nationalbank Kommanditgesellschaft auf Aktien. Deutsche Bank. Deutsche Landesbankzentrale A. G. Dresdner Bank. J. Dreyfus & Co. F. W. Krause & Co. Bankgeschäft Kommanditgesellschaft auf Aktien. Mitteldeutsche Kreditbank. Reichs-Kredit-Gesellschaft Aktiengesellschaft. Braunschweigische Staatsbank (Volkshausanstalt). Sächsische Staatsbank. Simon Hirshland.

E. Heilmann. Gebr. Arnhold. Sächsische Staatsbank. Barmer Bank-Verein Hinsberg, Fischer & Comp. Kommanditgesellschaft auf Aktien. Gebrüder Bethmann. Deutsche Effecten- und Wechsel-Bank. Deutsche Vereinsbank Kommanditgesellschaft auf Aktien. Lincoln Menning Oppenheimer. Lazard, Speyer-Ellissen. Jacob S. Stern. A. Behrens & Söhne. Norddeutsche Bank in Hamburg. Vereinsbank in Hamburg. W. M. Warburg & Co. Weitz & Hornburger. Straus & Co. A. Lepp. Sal. Oppenheim jr. & Cie. A. Schaaffhausen'scher Bankverein A. G. J. H. Stein.

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt. Rheinische Creditbank. Süddeutsche Disconto-Gesellschaft A. G. S. Kaufhäuser. Bayerische Hypotheken- und Wechselbank. Bayerische Staatsbank. Bayerische Vereinsbank. Merck, Find & Co. Anton Kohn. Thüringische Staatsbank.

Annahmestellen

für Geschw. Kasse-Hebe:

Bahnhofstr. 5 und 29.

2-3 Räume

zum 1. 3. oder 1. 4. gefast.

Angebote unter „B. 289“ an die Geschäftsstelle dieser Zeitung.

Eine gebrauchte, jedoch gut erhaltene

Motormaschine

zu kaufen gesucht.

Angebote unter „B. 284“ an die Geschäftsstelle.

Ein Mannufakturwarengeschäft

sucht für sofort einen tatkräftigen

Reisenden

Aus der Branche bevorzugt.

Offerten unter „B. 661“ an das Bocholter Volksblatt.

Lehrling

mit guter Handschrift für Kontor und Lager

gekauft.

Selbstgeschriebene Angebote unter „B. 293“ an die Geschäftsstelle.

Meine Weiße Woche

hat begonnen!

Für Sie

eine selten günstige Gelegenheit zur Anschaffung von wirklich guten

Weiß- u. Baumwollwaren

zu außerordentlich niedrigen Preisen. Prüfen Sie bitte meine Qualitäten und Preise.

BETTEN

Mit besonderer Sorgfalt sind die einzelnen Qualitäten in Inletts u. Federn festgelegt worden, sodaß für jedes

Inletts echtfarbig, nur allererste Fabrikate in 80, 130, 140, 160 cm breit

5.80 3.90 2.75 1.78

Bettfedern und Halbdauen

in grau und weiß in hochprima Qualität 6.50 5.80 3.80 1.45

Hermann Pottmeyer

am Markt.



Statt jeder besonderen Anzeige.

Der liebe Gott nahm heute morgen 11 Uhr unser liebes Söhnchen und Bräderchen

Heinz

nach kurzer, schwerer Krankheit im Alter von beinahe 4 Jahren zu sich in den Himmel.

In tiefer Trauer:

Familie Lehrer Heinrich Voß.

Stöckern, den 31. Januar 1927.

Die hl. Messe ist am Freitag morgen 1/9 Uhr in der Liebfrauenkirche, anschließend die Beerdigung von der Kirche aus, wozu freundlich eingeladen wird.

c. 673

Stener- u. Kalkulationsrechnungen

im Monat Februar

bei der Stadtkasse in Bocholt.

1.-15. Grund- und Hauszinssteuer, Kanal-

gebühren und Müllabfuhrgebühren

und Hundsteuer.

1.-15. Kirchensteuer St. Georg, St. Josef

und Liebfrauen.

1.-15. Lohnsteuer für Februar.

Bocholt, den 31. Januar 1927.

Bocholt, den 31. Januar 1927.

Bocholt, den 31. Januar 1927.

Bocholt, den 31. Januar 1927.

Bocholt, den 31. Januar 1927.

Bocholt, den 31. Januar 1927.

Bocholt, den 31. Januar 1927.

Bocholt, den 31. Januar 1927.

Bocholt, den 31. Januar 1927.

Bocholt, den 31. Januar 1927.

Bocholt, den 31. Januar 1927.

Bocholt, den 31. Januar 1927.

Bocholt, den 31. Januar 1927.

Bocholt, den 31. Januar 1927.

Bocholt, den 31. Januar 1927.

Bocholt, den 31. Januar 1927.

Bocholt, den 31. Januar 1927.

Bocholt, den 31. Januar 1927.

Bocholt, den 31. Januar 1927.

Bocholt, den 31. Januar 1927.

Bocholt, den 31. Januar 1927.

Bocholt, den 31. Januar 1927.

Bocholt, den 31. Januar 1927.

Bocholt, den 31. Januar 1927.

Bocholt, den 31. Januar 1927.

Bocholt, den 31. Januar 1927.

Bocholt, den 31. Januar 1927.

Bocholt, den 31. Januar 1927.

Bocholt, den 31. Januar 1927.

Bocholt, den 31. Januar 1927.

Bocholt, den 31. Januar 1927.

Bocholt, den 31. Januar 1927.

Bocholt, den 31. Januar 1927.

Bocholt, den 31. Januar 1927.

Bocholt, den 31. Januar 1927.

Bocholt, den 31. Januar 1927.

Bocholt, den 31. Januar 1927.